

VERENA SCHÄFFER UND MATTHI BOLTE
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

Humanistische Union
Landesverband NRW

Verena Schäffer MdL
Sprecherin für Innenpolitik und
Strategien gegen Rechtsextremismus

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 – 4321
Fax: +49 (211) 884 – 3334
Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de
www.verena-schaeffer.de

Matthi Bolte MdL
Netzpolitischer Sprecher
Sprecher für Datenschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 - 4298
Fax: +49 (211) 884- 3598
matthi.bolte@landtag.nrw.de
www.matthi-bolte.de

Düsseldorf, den 24. Juli 2014

Überprüfung der beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gespeicherten Personendaten

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21.07.2014, mit welchem Sie sich bezüglich des Themas „Überprüfung der beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gespeicherten Personendaten“ an uns als Innenpolitiker*innen der Grünen Fraktion im Landtag NRW gewendet haben.

Der Hintergrund Ihrer Forderung ist der Datenskanal und die Einsetzung einer „Task Force“ beim niedersächsischen Verfassungsschutz. Dazu haben wir uns natürlich mit unseren innenpolitischen Kollegen der Grünen Fraktion im niedersächsischen Landtag ausgetauscht und uns entsprechend über die konkreten Anlässe beraten. In Niedersachsen gab es in den vergangenen Jahren konkrete Anlässe und berechtigte Kritik an der Arbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Einer dieser Kritikpunkte betraf die völlig aus dem Ruder gelaufene Speicherung personenbezogener Daten.

In Niedersachsen sind u.a. Daten von Journalistinnen und Journalisten sowie von Personen aus bestimmten Gruppierungen gespeichert worden, insbesondere aus dem linken Spektrum, wie zum Beispiel aus Anti-Atominitiativen, bei denen nicht nachgewiesen werden konnte, dass hier wirklich Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Fehlentwicklungen, die sich beim Verfassungsschutz unter Innenminister Uwe Schünemann vollzogen haben, sind von den Grünen in Niedersachsen immer wieder kritisiert

worden. Nach dem Regierungswechsel wurde die von Ihnen angesprochene Task Force eingerichtet.

Anders als in Niedersachsen haben wir keine derartigen Anhaltspunkte für Nordrhein-Westfalen. Für die von Ihnen erwähnte „tausendfache unzulässige Erfassung“ von Personendaten beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz fehlen uns die Nachweise. Wenn Sie entsprechende Anhaltspunkte oder Hinweise haben, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns diese zur Verfügung stellen könnten, damit wir die Vorwürfe entsprechend im Parlamentarischen Kontrollgremium ansprechen und aufklären können.

Wir haben als Mitglieder im Parlamentarischen Kontrollgremium die Möglichkeit, uns alle Akten vorlegen zu lassen, und diese Möglichkeiten nutzen wir auch, denn es ist zuvorderst Aufgabe des Parlaments, den Verfassungsschutz zu kontrollieren. Mit dem im letzten Sommer verabschiedeten Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes haben wir unter anderem die Kontrollrechte des Parlaments gestärkt, haben mehr Öffentlichkeit und auch mehr Transparenz hergestellt in Hinblick auf die Arbeit des Verfassungsschutzes. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger nach §14 des Verfassungsschutzgesetzes NRW (VSG NRW) das Recht hat, vom Verfassungsschutz gebührenfrei Auskunft darüber zu erhalten, ob zu ihrer Person Daten gespeichert sind und wenn ja, zu welchem Zweck und mit welcher Rechtsgrundlage.

Eine Situation, wie sie in Niedersachsen zur Errichtung einer Task Force führte, ist aus unserer Sicht in NRW nicht gegeben. Uns liegen wie oben beschreiben auch keine Hinweise auf eine unverhältnismäßige bzw. rechtswidrige Speicherung von personenbezogenen Daten vor.

Mit freundlichen Grüßen



Verena Schäffer MdL



Matthi Bolte MdL